

WIFO-Weißbuch:

Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation

Teilstudie 11:

Maßnahmen zur Belebung der privaten Inlandsnachfrage

**Markus Marterbauer (Koordination), Serguei Kaniovski,
Kurt Kratena, Michael Wüger**

Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi, Martha Steiner

WIFO-Weißbuch: Mehr Beschäftigung durch Wachstum auf Basis von Innovation und Qualifikation

Teilstudie 11: Maßnahmen zur Belebung der privaten Inlandsnachfrage

**Markus Marterbauer (Koordination), Serguei Kaniovski,
Kurt Kratena, Michael Wüger**

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag von
Wirtschaftskammer Österreich, Bundesarbeitskammer, Österreichischem
Gewerkschaftsbund und Landwirtschaftskammer Österreich

Mit finanzieller Unterstützung von Oesterreichischer Nationalbank, Androsch
International Consulting, Investkredit, Gewerkschaft Metall – Textil, Raiffeisen-
landesbank Oberösterreich, Oberbank AG, D. Swarovski & Co, Rauch Fruchtsäfte
Ges.m.b.H.

Wissenschaftliche Koordination: Markus Marterbauer
Begutachtung: Karl Pichelmann (EU-Kommission), Gunther Tichy (WIFO)
Wissenschaftliche Assistenz: Martina Agwi, Martha Steiner

Projektleitung und Koordination: Karl Aiginger, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

November 2006

Teilstudie 11: Maßnahmen zur Belebung der privaten Inlandsnachfrage

Markus Marterbauer (Koordination), Serguei Kaniovski, Kurt Kratena, Michael Wüger*)

Inhaltsverzeichnis

1.	Die Bedeutung der Inlandsnachfrage für das Wirtschaftswachstum	1
2.	Investitionsentwicklung	2
3.	Determinanten der Konsumnachfrage	4
4.	Simulationen	9
4.1	<i>Einkommensverteilung und Konsumausgaben</i>	9
4.2	<i>Verringerung der Sparquote</i>	14
5.	Politikvorschläge	16
5.1	<i>Verstärkung der Absatzerwartungen belebt Investitionen</i>	16
5.2	<i>Entwicklung der verfügbaren Einkommen</i>	17
5.3	<i>Konsumneigung und Einkommensverteilung</i>	18
5.4	<i>Konsumneigung und Vertrauen</i>	21
5.5	<i>Konsumneigung, Sparförderung und Wohnbauförderung</i>	22
6.	Zusammenfassung	23
	Literaturhinweise	24

*) Die Autoren danken Karl Pichelmann, Gunther Tichy und Ewald Walterskirchen für wertvolle Anregungen.

Verzeichnis der Übersichten

Übersicht 1:	Makroökonomische Entwicklung seit 1976	1
Übersicht 2:	Konsumneigung nach Einkommensgruppen	10
Übersicht 3:	Gesamtwirtschaftliche Effekte durch einkommenserhöhende Maßnahmen Erhöhung der verfügbaren Einkommen um 1 Mrd. € – Makromodell	12
Übersicht 4:	Gesamtwirtschaftliche Effekte durch einkommenserhöhende Maßnahmen Erhöhung der verfügbaren Einkommen um 1 Mrd. € – PROMETEUS	12
Übersicht 5:	Gesamtwirtschaftliche Effekte durch eine Absenkung der Sparquote – Makromodell	14
Übersicht 6:	Gesamtwirtschaftliche Effekte durch eine Absenkung der Sparquote – PROMETEUS	15
Übersicht 7:	Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Umverteilung zwischen drittem und erstem Einkommensdrittel (1 Mrd. €) – Makromodell	20

Verzeichnis der Abbildungen

Abbildung 1:	Kapazitätsauslastung in der Industrie	2
Abbildung 2:	Arbeitslosigkeit seit 1995	7
Abbildung 3:	Konsum und Sparen	14

1. Die Bedeutung der Inlandsnachfrage für das Wirtschaftswachstum

In theoretischen Modellen wird oft postuliert, dass Wirtschaftswachstum langfristig nur von Angebotsfaktoren, das heißt von der Verfügbarkeit von Arbeit und Kapital, sowie vom technischen Fortschritt (und damit vom Forschungs-, Bildungs- und Innovationssystem) abhängig sei. Die Wirtschaftspolitik konzentriert sich in vielen Mitgliedsländern der EU deshalb auf Reformen auf der Angebotsseite der Wirtschaft. Dies entspricht auch den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Europäischen Kommission. Nachfragepolitik wurde in den Hintergrund gedrängt. In vielen Mitgliedsländern der EU haben defensive wirtschaftspolitische Maßnahmen auf der Angebotsseite, wie etwa die Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit durch Lohnzurückhaltung oder die Kürzung von Sozialleistungen, sogar das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gedämpft.

Österreichs Wirtschaft leidet ähnlich jener des Euro-Raumes neben strukturellen Problemen auf der Angebotsseite auch an einem anhaltenden Nachfrageproblem. Die empirischen Erfahrungen haben gezeigt, dass auch der Nachfrageseite der Wirtschaft nicht nur kurzfristig – d.h. in der konjunkturellen Anpassung an den Pfad des Potential Output – Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zukommt. Die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage hat auch mittel- und langfristig Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Die lange Dauer der seit dem Jahr 2000 anhaltenden Konjunktur- und Wachstumsschwäche im Euro-Raum und in Österreich gibt Anlass, den Ursachen der ungünstigen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nachzugehen.

Übersicht 1: Makroökonomische Entwicklung seit 1976

Jährliche Veränderung in %

	Ø 1976/2000	Ø 1995/2000	Ø 2000/2006
<i>Real (Referenzjahr 2000)</i>			
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,5	+ 2,9	+ 1,7
Konsumausgaben			
Private Haushalte	+ 2,3	+ 2,2	+ 1,3
Staat	+ 2,1	+ 2,0	+ 1,1
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,4	+ 3,2	+ 0,6
Ausrüstungen	+ 3,5	+ 7,0	+ 1,1
Bauten	+ 1,5	+ 0,7	+ 0,3
Exporte	+ 5,3	+ 8,2	+ 6,3
Importe	+ 4,6	+ 6,7	+ 5,3

Q: Statistik Austria, WIFO. 2006: WIFO-Konjunkturprognose (September 2006).

In Österreich haben sich in den letzten Jahren nicht alle Teilaggregate der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ungünstig entwickelt. Der Export von Gütern und Dienstleistungen hat im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006 real um 6,3% pro Jahr zugenommen, das liegt über dem langfristigen Vergleichswert für den Zeitraum 1976 bis 2000.

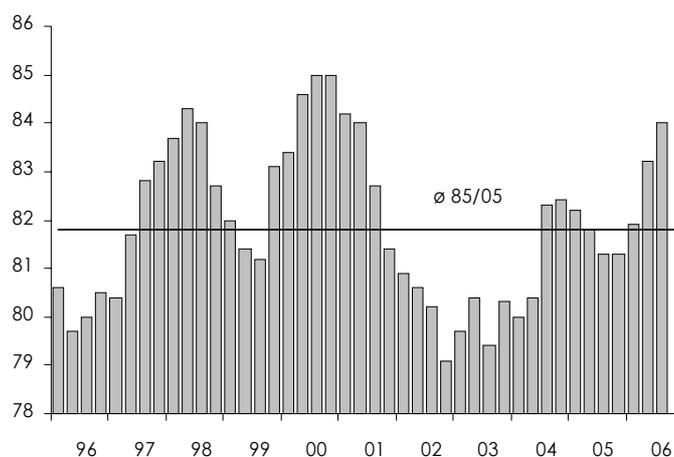
Hingegen haben sich wesentliche Elemente der Inlandsnachfrage in den letzten Jahren sehr ungünstig entwickelt. Die Bruttoanlageinvestitionen sind seit dem Jahr 2000 real nur um 0,6% gestiegen, der langfristige Vergleichswert der Jahre 1976 bis 2000 beträgt +2,4%. Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte ist seit dem Jahr 2000 im Durchschnitt real nur um 1,3% pro Jahr gestiegen, der langfristige Vergleichswert beträgt +2,3%.

2. Investitionsentwicklung

Die Schwäche der Nachfrage kommt zunächst in der seit dem Jahr 2001 anhaltenden Unterauslastung der Kapazitäten zum Ausdruck. Diese dürfte im Bereich der Dienstleistungsunternehmen und der kleinen Gewerbebetriebe noch erheblich gravierender ausfallen als in der Sachgütererzeugung, für die Daten vorliegen. Die Kapazitätsauslastung der Sachgütererzeugung ist seit dem 2. Halbjahr 2000 rückläufig und lag elf Quartale unter dem langfristigen Durchschnitt von 82%. Die darauf folgenden Quartale brachten keine kräftige Erholung, sondern nur eine Stagnation auf dem Niveau der langfristigen Durchschnittswerte. Erst seit Anfang 2006 wird eine merklich höhere Auslastung gemeldet. Die lange Dauer schwacher Auslastung der Produktionskapazitäten stellt eine wichtige Determinante für die Investitionszurückhaltung dar.

Die Schwäche der Investitionen ist vor allem in Bezug auf die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern überraschend. Die Investitionen in Maschinen, Elektrogeräte und Fahrzeuge haben im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2006 nur um knapp real +1% zugenommen. Sie haben in diesem Zeitraum merklich geschwankt, dies dürfte vor allem auf steuerliche Investitionsanreize zurückzuführen sein (Auslaufen der Investitionszuwachsprämie zunächst Ende 2003, dann Ende 2004).

Abbildung 1: Kapazitätsauslastung in der Industrie
In %



Q: Konjunkturtest der Europäischen Kommission.

Mehrere Faktoren hätten in diesem Investitionsbereich eine merklich günstigere Entwicklung erwarten lassen. Ausrüstungsinvestitionen standen in Österreich in der Vergangenheit in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Exports. Die Ausweitung der Ausfuhren bot jene Impulse für die Industrieproduktion, die zu einer Verbesserung der Kapazitätsauslastung und schließlich zu einer Erweiterung der bestehenden Kapazitäten führte. In den letzten Jahren lag das Wachstum der Exportnachfrage etwa im langfristigen Durchschnitt, die Industrieproduktion liegt seit dem Jahr 2004 über dem langfristigen Durchschnitt, dennoch hat sich die Investitionstätigkeit nicht belebt.

Neben der günstigen Entwicklung des Exports hätte auch die Höhe der Gewinne für kräftigere Investitionen gesprochen. Für eine gute Gewinnlage gibt es eine Reihe von Hinweisen. Die Einkommen aus Besitz und Unternehmung sind von 2000 bis 2005 nominell um 25% gestiegen, damit um 10 Prozentpunkte rascher als das BIP. Die nominellen Lohnstückkosten sind in der Sachgütererzeugung seit dem Jahr 2000 um 5% gesunken. Die Cash-Flow-Quote lag in der Sachgütererzeugung in den Jahren 2001 bis 2003 mit knapp 11% merklich über dem langfristigen Durchschnitt, die Eigenkapitalquote stieg auf über 35% (*Peneder – Pfaffermayr, 2005*). Für die Jahre 2004 und 2005 liegen noch keine Cash-Flow- und Eigenkapitalquoten vor, die gute Industriekonjunktur lässt aber eine weitere Verbesserung gegenüber den Vorjahren erwarten.

Im Zuge der Globalisierung hat auch die Internationalisierung der Investitionen zugenommen. Das Volumen der Direktinvestitionen im Ausland ist merklich gestiegen. Die Qualität des Wirtschaftsstandortes wird damit zu einer wesentlichen Determinante der Ausrüstungsinvestitionen. Allerdings gibt es keine Hinweise darauf, dass Österreich unter einer Verstärkung der Direktinvestitionen im Ausland zu Lasten der heimischen Investitionen zu leiden hätte. Der Anteil der Direktinvestitionen österreichischer Unternehmen im Ausland hat sich am BIP in den letzten zehn Jahren von knapp 1% auf über 2% erhöht. Dabei handelt es sich zu einem wesentlichen Teil um Investitionen im Sektor der Finanzdienstleistungen. Im selben Ausmaß wie die Investitionen österreichischer Unternehmen im Ausland sind die Investitionen ausländischer Unternehmen in Österreich gestiegen, sie lagen zuletzt bei mehr als 2% des BIP.

Die Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen überrascht angesichts guter Exportnachfrage und zuletzt starker Industriekonjunktur, sowie günstiger Gewinnlage. Sie dürfte vor allem auf die wenig stabilen Absatzerwartungen der Unternehmen zurückzuführen sein. Die Produktionserwartungen der Unternehmen der Sachgütererzeugung entwickeln sich von Beginn des Jahres 2002 bis Mitte des Jahres 2005 ohne klar erkennbaren Trend. Die Unternehmen sahen keine Hinweise auf einen anhaltenden und kräftigen Konjunkturaufschwung und haben deshalb trotz günstiger Rahmenbedingungen die Realisierung der Investitionsprojekte aufgeschoben. Erst seit der 2. Hälfte des Jahres 2005 scheinen sich die Absatzerwartungen zu verbessern. Die Unternehmen planen nun eine kräftigere Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen (*Czerny – Falk – Schwarz, 2006*).

Das Wachstum der Bauinvestitionen betrug im Zeitraum 2000 bis 2006 mit real +0,3% pro Jahr einen Bruchteil des langfristigen Vergleichswertes (1976 bis 2000 +1,5%). Im Bereich des Industriebaus spiegelt dies die Schwäche der Ausrüstungsinvestitionen. Der Bürobau blieb angesichts flacher Immobilienpreisentwicklung und bestehender Überkapazitäten relativ verhalten. Der Wohnbau war lange Zeit von rückläufiger Nachfrage gekennzeichnet. Die zunehmende Verknappung von Wohnraum unter anderem durch die rege Zuwanderung von Arbeitskräften hat bislang noch keine kräftigere Belegung der Bautätigkeit ausgelöst. Nur im Infrastrukturbereich ist seit dem Jahr 2002 eine Belegung der Bautätigkeit zu beobachten.

Die Absatzerwartungen der Unternehmen bilden eine entscheidende Determinante der Investitionstätigkeit. Diese sind nicht direkt durch die Wirtschaftspolitik beeinflussbar. Maßnahmen, die die gesamtwirtschaftliche Nachfrage fördern, begünstigen indirekt auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen. In den letzten Jahren trat allerdings das neue Phänomen auf, dass trotz hoher Exportnachfrage und guter Gewinnlage eine Belegung der Investitionstätigkeit ausblieb. Dies spiegelt die Verunsicherung der Unternehmen über den mittelfristigen Konjunkturverlauf. Die Stabilisierung der Erwartungen der Unternehmen gehört deshalb zu den wichtigsten, aber gleichzeitig schwierigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Elemente einer erwartungsstabilisierenden Politik stellen vor allem eine verlässliche antizyklische Ausrichtung der Budget- und Geldpolitik und eine vom Konsens der wichtigsten Akteure getragene Wirtschaftspolitik dar.

Bei gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen können steuerliche Maßnahmen eine Belegung der Investitionstätigkeit auslösen. Spezifische investitionsfördernde Maßnahmen wie Steuerfreibeträge oder Investitionsprämien haben meist stärkere Effekte als generelle Senkungen der Gewinnsteuerbelastung. Wenn sie zeitlich befristet eingesetzt werden, können sie durch Vorzieheffekte eine Belegung der Investitionen zu einem konjunkturell erwünschten Zeitpunkt auslösen. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass vor allem bei den Ausrüstungsinvestitionen die Wachstums- und Beschäftigungseffekte aufgrund der hohen Importneigung recht verhalten ausfallen.

Im Zuge der Simulationen mit dem WIFO-Makromodell wurden auch die gesamtwirtschaftlichen Effekte einer Senkung der Körperschaftsteuer untersucht. Eine Verringerung der Abgabenbelastung um eine Milliarde Euro (0,4% des BIP) erhöht mittelfristig demnach die Bruttoanlageinvestitionen real um 0,4%. Trotz merklichen Anstiegs des Imports liegt das BIP mittelfristig um 0,2% höher als in der Basislösung. Der Anstieg der Produktion löst eine Erhöhung der Zahl der Beschäftigten um gut 3.000 aus (Teilstudie 22, Übersicht 1).

3. Determinanten der Konsumnachfrage

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte stellt das größte Aggregat der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage dar, sie beträgt etwa 55% des BIP. Ihre Entwicklung ist besonders vom real verfügbaren Einkommen abhängig. Allerdings passen die Konsumenten ihre Ausgaben

den Schwankungen des Einkommens erst dann vollständig an, wenn diese als dauerhaft angesehen werden und die Anpassung erfolgt zumeist mit Verzögerungen.

Empirische Untersuchungen belegen den engen Zusammenhang zwischen Einkommen und Konsum. Zuletzt haben *Al-Eyd et al.* (2005) für den Euro-Raum einen kurzfristigen Effekt von Einkommensänderungen auf den Konsum von 0,3 festgestellt. Langfristig ist der Einkommenseffekt deutlich höher, er liegt bei etwa 0,9. Die Untersuchung kommt für Österreich zu höheren kurzfristigen Auswirkungen des Einkommens auf den Konsum als in anderen Ländern – eine Erhöhung des Einkommens um 1% führt zu einem Anstieg der Konsumausgaben um 0,7%. Dies deckt sich weitgehend mit den Ergebnissen vorhandener WIFO-Untersuchungen aus der jüngsten Vergangenheit. Österreich hat in der Vergangenheit jedenfalls eine stärkere (kurzfristige) Konsumneigung aufgewiesen, als vergleichbare Länder des Euro-Raumes.

Neben dem laufenden Einkommen kann auch der Vermögensbestand die Konsumausgaben der privaten Haushalte beeinflussen. Die Untersuchung von Vermögenseffekten hat in der Literatur an Bedeutung gewonnen. Dies hängt mit dem starken Anstieg des finanziellen und nicht-finanziellen Vermögens in den letzten Jahrzehnten zusammen, vor allem aber auch mit dem erheblichen Einfluss, den die Entwicklung von Hauspreisen auf die Konsumnachfrage in verschiedenen Ländern ausgeübt hat. Dies entsteht vor allem dadurch, dass steigende Immobilienpreise bei Vorliegen von Kreditbeschränkungen und unter den Rahmenbedingungen liberalisierter Finanzmärkte die Verschuldungsmöglichkeiten der Haushalte erhöhen und so zu einem Anstieg der Konsumnachfrage beitragen. Langfristig folgt dem starken Anstieg der Immobilienpreise allerdings oft ein ebenso starker Rückgang mit entsprechend negativen Folgen für Konsum und Wirtschaftswachstum (*Marterbauer – Walterskirchen, 2005*).

Empirische Untersuchungen zu Vermögenseffekten auf den Konsum teilen den Schluss, dass Aktienkurse und Immobilienpreise signifikante Auswirkungen auf den privaten Konsum in fast allen Industrieländern haben (vgl. *Ludwig – Slok, 2002, Catte et al., 2004, Case – Quigley – Shiller, 2001*). Das Ausmaß der Effekte unterscheidet sich zwischen den Ländern und den beiden Vermögensformen, vor allem aber in Hinblick auf die Finanzsysteme. Je stärker das Finanzsystem liberalisiert und je leichter der Zugang zu Krediten, desto stärker die Vermögenseffekte auf den Konsum. Auch *Al-Eyd et al.* (2005) kommen jüngst zum Ergebnis, dass die Vermögenseffekte in Ländern wie Deutschland, Österreich, Belgien u. a. gering sind, hier dominieren die Einkommenseffekte. Hingegen weisen Länder wie Spanien, die Niederlande, Irland oder Großbritannien relativ hohe Vermögenseffekte auf.

Trotz steigender Bedeutung von Vermögen für die Konsumausgaben bleiben die verfügbaren Einkommen die wichtigste Determinante. Die Konsumausgaben folgen allerdings nicht parallel der Einkommensentwicklung, sondern verlaufen antizyklisch. In konjunkturellen Aufschwungphasen, in denen die Einkommen kräftig zunehmen, bleibt das Wachstum der Konsumausgaben zurück; in Abschwungphasen werden die Konsumausgaben nicht so stark eingeschränkt, wie es der Einkommensentwicklung entsprechen würde. Die Konsumquote ver-

läuft antizyklisch. Die Konsumnachfrage hat deshalb traditionell hohe Bedeutung für die Stabilisierung der Konjunktur.

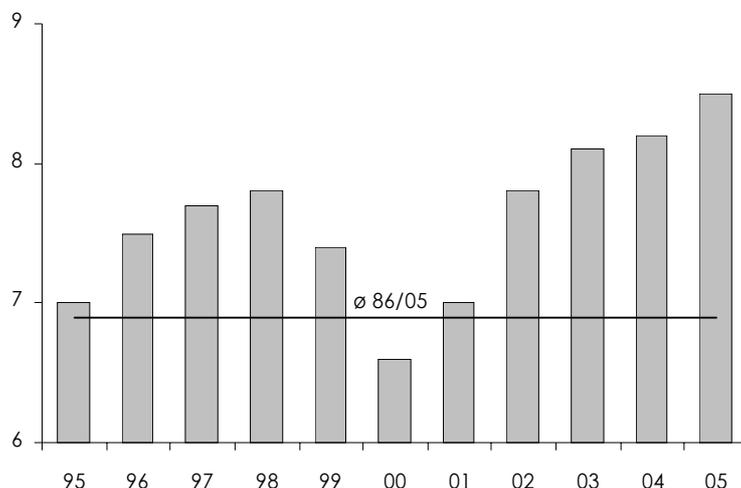
In der Abschwungphase 2001/2003 kam diese stabilisierende Wirkung nicht voll zum Tragen. Im Unterschied zu vergangenen Rezessionen ist die Konsumquote kaum gestiegen. Dies gilt sowohl für den Euro-Raum (vgl. *European Commission*, 2004), als auch für Österreich. Hätte sich die Konjunkturkomponente der Konsumquote 2001/2003 so entwickelt wie 1992/1994, so wäre das Wachstum des Konsums in dieser Periode um rund 1 Prozentpunkt stärker ausgefallen (Wüger, 2005). Die verhaltene Reaktion der Konsumquote auf die konjunkturelle Abschwächung hat das Wirtschaftswachstum 2001/2003 um etwa 0,6 Prozentpunkte gedämpft.

Die relativ niedrige Konsumquote der letzten Jahre kann unterschiedliche Ursachen haben. Wesentliche Bedeutung kommt der Verbraucherstimmung zu. Besonders bei Käufen jener Güter, die wegen ihrer hohen Preise ein Ansparen oder Kredite erfordern und deren Kaufzeitpunkt vorgezogen oder aufgeschoben werden kann, kommt der Konsumentenstimmung Bedeutung zu. Solche Einflüsse auf die Entwicklung der Nachfrage konnten für Österreich in mehreren Studien nachgewiesen werden (Wüger, 1979, Breuss – Wüger, 1986). Dabei wurde gezeigt, dass die Konsumneigung stimmungsbedingt variiert. Neuschätzungen von Konsumfunktionen bestätigen den Einfluss. Auch in der Arbeit von Al-Eyd *et al.* (2005) wird für Österreich ein statistisch signifikanter Einfluss des Konsumklimas auf die Nachfrageentwicklung nachgewiesen.

Da Unsicherheit die Konsumneigung dämpft, erhöht eine stabile Einkommensentwicklung das Konsumniveau. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die Arbeitslosenquote als Indikator für Einkommensunsicherheit.

Die vorher angesprochene Unterauslastung der Kapazitäten ist nicht nur im Bereich des Faktors Kapital, sondern noch merklicher im Bereich des Faktors Arbeit festzustellen. Die Zahl der Arbeitslosen ist in Österreich seit Beginn des Jahres 2001 kräftig gestiegen. Dazu kommen viele Arbeitssuchende, die nicht in der Arbeitslosenstatistik aufscheinen (Schulungsteilnehmer, Lehrstellensuchende, Pensionsvorschussbezieher). Zwar ist die Zahl der Beschäftigten merklich gestiegen, doch das Arbeitsvolumen (gemessen in Stunden) hat sich im Zeitraum 2000 bis 2005 erhöht (Walterskirchen, 2006). Die Unterauslastung des Faktors Arbeit stellt eine wesentliche Ursache für die Schwäche der Konsumnachfrage dar.

Abbildung 2: Arbeitslosigkeit seit 1995
Erweiterte Arbeitslosenquote (inklusive Schulungsteilnehmer)
In % des Arbeitskräfteangebots der Unselbständigen



Q: WIFO.

Die starke Zunahme der Arbeitslosigkeit seit dem Jahr 2001 hat die Konsumentenstimmung getrübt und zu einer Dämpfung der Konsumquote geführt. Die Konsumenten haben versucht, sich durch "Vorsichtssparen" gegen die Gefahr künftiger Einkommensausfälle abzusichern. Nach einer neueren empirischen Untersuchung für Großbritannien (*Benito, 2005*) reduziert ein um eine Standardabweichung erhöhtes Arbeitsplatzrisiko des Haushaltsvorstandes den Haushaltskonsum um 1,6%. Durch vertrauensbildende Maßnahmen (stabile Rahmenbedingungen, hohe Einkommenssicherheit, geringe Arbeitslosigkeit) kann somit die Konsumneigung der privaten Haushalte positiv beeinflusst werden.

Auch Änderungen im Pensionssystem oder Einsparungen bei anderen öffentlichen Leistungen wie dem Gesundheits- oder Bildungssystem können die Haushalte zu einer Ausweitung der aktuellen Ersparnisse veranlassen. Eine im Auftrag der OeNB durchgeführte repräsentative Umfrage kommt zu dem Ergebnis, dass unter jenen Konsumenten, die im Untersuchungszeitraum ihren Konsum eingeschränkt haben, etwa ein Drittel die Erwartung von Pensionseinbußen und der Verringerung öffentlicher Leistungen als wichtigstes Motiv angibt (*Janger – Kwapił – Pointner, 2005*). Die OeNB rechnet damit, dass etwa ein Drittel des Anstiegs der Sparquote von 2000 bis 2003 auf eine Ausweitung der privaten Pensionsvorsorge zurückzuführen ist.

Vorsichtssparen bildet ein wesentliches Element in der Erklärung der Konsumschwäche seit dem Jahr 2001. Bei hoher Unsicherheit bezüglich der Einkommens- und Beschäftigungsentwicklung und geringem Vertrauen in die Zukunft reduzieren die Haushalte ihren Konsumanteil am verfügbaren Einkommen.

Der Anstieg des Sparanteils am verfügbaren Einkommen seit dem Jahr 2001 ist auch deshalb außergewöhnlich, weil im gleichen Zeitraum wegen der Hausse der Erdölpreise der Anteil der Ausgaben für Energie am verfügbaren Einkommen merklich gestiegen ist. In der Vergangenheit hatte eine steigende Energiequote immer zu einem Rückgang der Sparquote geführt. Die Haushalte kompensierten die Mehrausgaben für Energie, denen sie kaum ausweichen können, zumindest zum Teil nicht durch Einschränkung bei anderen Konsumausgaben, sondern durch die Reduktion des residualen Sparanteils am Einkommen. Von 2001 bis 2005 war dies nicht der Fall. Die Energiequote am Einkommen ist von 6,0% auf 6,4% gestiegen, gleichzeitig erhöhte sich die Sparquote von 7,5% auf 9,1%. Angesichts der Entwicklung der Energieausgaben ist der Anstieg des Sparanteils am verfügbaren Einkommen in den letzten Jahren noch Besorgnis erregender.

Neben Verbraucherstimmung und Vorsichtssparen hat auch die Entwicklung der Verteilung der Einkommen wesentlichen Einfluss auf den Konsumanteil am verfügbaren Einkommen wie zuletzt auch eine Studie zur Konsumententwicklung in Deutschland zeigte (*Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute*, 2006). Dies resultiert aus den großen Unterschieden in der Konsumneigung nach Einkommensgruppen. Die unteren Einkommensschichten weisen eine deutlich höhere Konsumneigung auf, als die oberen Einkommensgruppen. Auch für Österreich haben Berechnungen des WIFO gezeigt, dass die kurzfristige, marginale Konsumneigung und die langfristige, durchschnittliche Konsumneigung im unteren Einkommensterzil deutlich höher liegen als jene im oberen Einkommensterzil. Verschiebt sich die Einkommensverteilung zu Lasten der unteren und zugunsten der oberen Einkommensgruppen, so resultiert daraus eine Dämpfung der aggregierten Konsumneigung. Eine ungleiche Einkommensverteilung verringert das gesamtwirtschaftliche Konsumniveau und erhöht das aggregierte Sparen. In Deutschland ist zwischen 2000 und 2004 rund ein Viertel bis die Hälfte des Anstiegs der Sparquote auf die Zunahme der Ungleichheit der Nettohaushaltseinkommen zurückzuführen (*Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute*, 2006). Ein Trend zum Aufgehen der Schere zwischen unteren und oberen Einkommen ist in Österreich – trotz ungünstiger Datenlage – feststellbar (*Guger – Marterbauer*, 2005).

Liquiditätsbeschränkungen können erheblichen Einfluss auf die Konsumnachfrage haben. *Al-Eyd et al.* (2005) führen die hohe kurzfristige Konsumneigung in Österreich auf Liquiditätsbeschränkungen zurück, die in Zusammenhang mit unvollkommenen Kapitalmärkten zu sehen sind. Wenn Haushalte nicht ausreichenden Zugang zu Krediten haben, dann wird vor allem die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern beschränkt. Die Liberalisierung der Finanzmärkte in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern hat dazu geführt, dass die Verschuldung der privaten Haushalte merklich gestiegen ist. Kurz- und mittelfristig hat dies meist einen erheblichen Stimulus für die Konsumnachfrage mit sich gebracht. In kontinental-europäischen Ländern, darunter vor allem Österreich und Deutschland blieb der Zugang der privaten Haushalte zu Krediten hingegen mit Hindernissen verbunden. Dies betrifft hohe Kreditgebühren, wenig flexible Hypothekarkredite, geringe Flexibilität und erhebliche Kosten bei

Überziehungsrahmen und Debit cards. Dies hat kurz- und mittelfristig zur Dämpfung der Konsumnachfrage in Relation zu anderen Ländern geführt. Langfristig sollte der Einfluss allerdings relativ gering sein. Dem konsumstimulierenden Effekt einer Ausweitung der privaten Verschuldung steht ein konsumdämpfender Effekt in der Phase der Konsolidierung gegenüber.

Die Schwäche der Konsumnachfrage in Österreich seit dem Jahr 2001 hat vielfältige Ursachen. Besonders wichtig ist die ungünstige Entwicklung der Einkommen. Sie hat sich aus dem Zurückbleiben der Löhne gegenüber dem Produktivitätswachstum ergeben. Dies weist darauf hin, dass der Koordinationsmechanismus der Lohnverhandlungen in Österreich nicht mehr so gut wie in der Vergangenheit funktioniert. Die real verfügbaren Einkommen sind seit dem Jahr 2000 durchschnittlich nur um 1,3% pro Jahr gewachsen. Die Nettomasseneinkommen, die die Einkommen der Arbeitnehmer nach Steuern und Transfers darstellen, haben sich real um 0,7% pro Jahr erhöht. Die Einkommen je Arbeitnehmer sind real um 0,3% pro Jahr gewachsen. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Erwerbstätigkeit am Volkseinkommen (bereinigte Lohnquote) ist seit dem Jahr 2000 um gut 3 Prozentpunkte gesunken. Schwach wachsende Einkommen führen dazu, dass das Wachstum der Konsumnachfrage gedämpft wird und so ein bremsender Effekt auf das Wirtschaftswachstum ausgelöst wird, insbesondere wenn die kurzfristige Konsumneigung – wie in Österreich – hoch ist.

Das langsame Wachstum der Einkommen wird durch einen Anstieg der Sparquote und den spiegelbildlichen Rückgang der Konsumquote am verfügbaren Einkommen verschärft. Die Sparquote ist von 7,5% der verfügbaren Einkommen im Jahr 2001 auf 9,1% im Jahr 2005 gestiegen. Diese Entwicklung ist in Zusammenhang mit schwachem Konsumentenvertrauen ("Vorsichtssparen") und der Umverteilung der Einkommen zugunsten wenig konsumfreudiger oberer Einkommensschichten zu sehen (siehe vorher). Gleichzeitig wird – im Unterschied zu anderen Ländern – die Konsumnachfrage der Haushalte in Österreich nicht durch positive Vermögenseffekte gestützt. Dies ist vor allem auf die verhaltene Entwicklung der Immobilienpreise zurückzuführen.

4. Simulationen

4.1 Einkommensverteilung und Konsumausgaben

Aufgrund der merklichen Unterschiede in den Konsumneigungen nach Einkommensterzilen führt eine Reduktion der Einkommensdifferenziale zu höheren gesamtwirtschaftlichen Konsumausgaben. Auf die Bedeutung der Einkommensverteilung für die aggregierte Konsumnachfrage weisen neben der vorher genannten deutschen Studie (*Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute*, 2006) z. B. auch *Abadia* (1985), *Borooah – Sharpe* (1986), *Cooper – MacLaren* (1992) und *Fortin* (1995) hin. *Hildenbrand* (1997, 1998) betont, dass die Gleichgewichtstheorie die Verteilungswirkungen in der Konsumnachfrage vernachlässigt und sieht in Umverteilungswirkungen einen möglichen Wachstumsmo-

tor¹⁾). Auf die Auswirkungen der Einkommensverteilung auf die Innovationsrate wiesen *Zweimüller – Brunner (1998)* hin. Sie fanden, dass eine geringere Einkommensungleichheit u. a. die Profitabilität der Innovation verbessert. Die Tendenz zu ungleicher Einkommensverteilung könnte somit auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen reduziert haben.

Die Effekte von Umverteilungsmaßnahmen auf die Konsumnachfrage werden im Folgenden in der Form untersucht, dass angenommen wird, es käme durch steuer- oder transferpolitische Reformen zu einer Erhöhung des verfügbaren Einkommens im Ausmaß von 1 Mrd. €. Das können auch Maßnahmen sein, die die bestehende Belastung mit Beiträgen zur Sozialversicherung nach Lohnhöhe unterschiedlich verteilen. Damit könnte die Sekundärverteilung (Steuern, Transfers) die beobachtbaren Entwicklungen in der Primärverteilung in Richtung einer höheren Einkommensspreizung (vgl. *Guger – Marterbauer, 2005*) und eines starken Beschäftigungswachstums im Niedriglohnssektor kompensieren.

Für die Simulationen wird angenommen, dass dabei einmal ausschließlich das untere Einkommensdrittel, einmal das mittlere und einmal das obere Einkommensdrittel profitieren. Die unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Ergebnisse resultieren aus verschiedenen marginalen und durchschnittlichen Konsumneigungen je Einkommensschicht. Die letzte verfügbare Konsumerhebung aus 1999/2000²⁾ zeigt, dass das untere Einkommensdrittel eine deutlich höhere Konsumneigung aufweist als der Rest der Verteilung. Diese Ergebnisse werden in das WIFO-Makromodell und in das WIFO-PROMETEUS-Modell implementiert (*Kratena – Wüger, 2006*).

Übersicht 2: Konsumneigung nach Einkommensgruppen

	Marginal, kurzfristig	Durchschnittlich, langfristig
1. Terzil	0,8	1,2
2. Terzil	0,5	1,0
3. Terzil	0,4	0,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen.

Zusätzlich wurde auf Basis der Konsumerhebung berücksichtigt, dass Unterschiede in der Güterstruktur der Konsumnachfrage nach Einkommensdritteln bestehen. Dieser Effekt wurde additiv zum aggregierten Konsumeffekt in das Modell PROMETEUS eingesetzt.

Im Konsummodell von PROMETEUS wird ein Gesamtkonsum hauptsächlich aufgrund von Preis- und Einkommenselastizitäten konsistent auf Konsumkategorien (basierend auf der COICOP-Gliederung) verteilt. Dieser Effekt wird bei jedem aggregierten Konsumanstieg wirksam. Zu-

¹⁾ *Leoni – Pollan (2003)* zeigen in einem umfassenden Literaturüberblick, dass in der weitaus überwiegenden Zahl der empirischen Studien in demokratischen und weiterentwickelten Ländern eine höhere Einkommensungleichheit zu geringem Wachstum führte.

²⁾ Erste Auswertungen der Konsumerhebung 2004/2005 bestätigen diese Ergebnisse.

sätzlich wurde berücksichtigt, dass die Elastizitäten in den einzelnen Einkommensdritteln nach der Konsumerhebung unterschiedlich ausfallen. Der sich daraus ergebende Struktureffekt kann dann zum ersten Effekt auf die Konsumstruktur dazugerechnet werden. Dabei wurden systemkonform – da in PROMETEUS der Inlandskonsum Verwendung findet – die Ausgaben der Österreicher im Ausland von der gesamten Struktur in Abzug gebracht. Die Ausgaben im Ausland stellen einen wesentlichen Grund für die Unterschiede in der Inlandswirksamkeit von Konsumausgaben nach Einkommensdritteln dar.

Mithilfe von "Granger Kausalitätstests" kann gezeigt werden, dass eine Konsumsteigerung das BIP-Wachstum positiv beeinflusst (Granger, 1969)³. Die mit Abstand höchsten Wachstumseffekte entstehen sowohl im WIFO-Makromodell, als auch im WIFO-PROMETEUS-Modell, wenn von den einkommenserhöhenden Maßnahmen das untere Einkommensdrittel profitiert (Übersicht 3, Übersicht 4). Die Konsumausgaben steigen in diesem Fall rasch und kräftig. Wird das Einkommen des unteren Terzils um 1 Mrd. € erhöht, so steigt mittelfristig der private Konsum real um gut ¾%. Die Beschleunigung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zieht auch eine Belebung der Investitionen nach sich. Das BIP erhöht sich insgesamt real um etwa ½%. Der Multiplikator einer Einkommenserhöhung für das untere Drittel liegt merklich höher als 1.

Von der Ausweitung der Konsumnachfrage profitieren mittelfristig besonders die Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen (+1,7%), der Betrieb von Fahrzeugen (+1,4%), die Ausgaben für Wohnung (+1,2%), Bekleidung und Schuhe (+1,1%). Die höhere Konsumnachfrage zieht einen Anstieg der Importe nach sich, der den expansiven Effekt dämpft.

Durch die Wachstumseffekte (speziell in arbeitsintensiven Bereichen) kommt es zu einer signifikanten Ausweitung der Beschäftigung. Als Folge der Erhöhung des verfügbaren Einkommens im unteren Einkommensdrittel liegt mittelfristig die Zahl der Beschäftigten zwischen rund 7.900 oder 0,2% (WIFO-Makromodell) und rund 9.600 oder 0,3% (WIFO-PROMETEUS-Modell) höher als in der Basislösung. Die Zahl der Arbeitslosen geht um rund 4.000 bzw. 5.000 zurück, die Arbeitslosenquote um 0,1 Prozentpunkte. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist damit geringer als der Beschäftigungsanstieg, denn die hohe Arbeitskräftenachfrage führt zu einer Ausweitung des Arbeitskräfteangebots.

Das erhöhte Wachstum wirkt sich günstig auf die Produktion im Beherbergungs- und Gaststättenwesen, im Kfz-Handel und der Kfz-Reparatur, Realitätenwesen und bei den sonstigen Dienstleistungen aus. Die sektoralen Beschäftigungseffekte sind größtenteils ein Spiegelbild dieser Produktionswert-Effekte.

³) Tests mit unterschiedlichen Periodizitäten (Jahre, Quartale) und Berücksichtigung exogener Variablen (Trend, Saison) zeigten in den meisten Fällen unverzögerte Kausalität zwischen Konsum und BIP in beiden Richtungen.

Übersicht 3: Gesamtwirtschaftliche Effekte durch einkommenserhöhende Maßnahmen
Erhöhung der verfügbaren Einkommen um 1 Mrd. € – Makromodell

	1. Einkommensdrittel		2. Einkommensdrittel		3. Einkommensdrittel	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in %					
BIP, real	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Privater Konsum, real	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,5
Investitionen, real	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4
Ausrüstungen	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,4
Bauten	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4
Exporte, real	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Importe, real	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,2
Beschäftigung	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2
Arbeitskräfteangebot	+ 0,1	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, real	+ 0,9	+ 0,8	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,7
Reallohn pro Kopf	+ 0,1	± 0,0	+ 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Unit Labour Costs	- 0,1	± 0,0	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Arbeitsproduktivität	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1	+ 0,1
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten					
Arbeitslosenquote	- 0,1	- 0,1	± 0,0	- 0,1	± 0,0	- 0,1
Finanzierungssaldo des Staates In % des BIP	- 0,3	- 0,1	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in Personen					
Beschäftigung	+ 3.997	+ 7.867	+ 2.618	+ 6.361	+ 2.159	+ 5.174

Q: WIFO-Berechnungen.

Fließen die einkommenserhöhenden Maßnahmen dem mittleren bzw. dem oberen Einkommensdrittel zu, so fallen die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen deutlich schwächer aus. Der private Konsum steigt bei einer Begünstigung des mittleren Einkommensdrittels mittelfristig um gut ½%, das BIP erhöht sich um rund ¼%. Wird das verfügbare Einkommen des oberen Einkommensdrittels erhöht, so steigen die Konsumausgaben nur um +½%, das BIP um +¼%. Der Multiplikator einer Erhöhung der Einkommen des oberen Drittels liegt unter 1.

In der Konsumstruktur zeigen sich deutliche Abweichungen zu den Ergebnissen für das untere Einkommensdrittel. Vor allem der Kauf von Fahrzeugen ist deutlich positiver betroffen, während der Betrieb von Fahrzeugen deutlich schwächer reagiert. Ebenfalls wesentlich geringer sind die Auswirkungen auf die Ausgaben für die stark inlandswirksamen Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen. Die mittelfristigen Wirkungen (bis 2010) auf die Importe liegen bei 0,1% (oberes Einkommensdrittel und mittleres Einkommensdrittel). Diese geringeren Importeffekte sind in etwa proportional zum geringeren BIP-Effekt. Daher sind die Unterschiede

im gesamtwirtschaftlichen Effekt (BIP) eher auf die unterschiedlichen Konsumneigungen als auf die unterschiedlichen Importneigungen nach Einkommensdritleteln zurückzuführen.

*Übersicht 4: Gesamtwirtschaftliche Effekte durch einkommenserhöhende Maßnahmen
Erhöhung der verfügbaren Einkommen um 1 Mrd. € – PROMETEUS*

	1. Einkommensdritlet		2. Einkommensdritlet		3. Einkommensdritlet	
	2006	2010	2006	2010	2006	2010
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in %					
BIP, real	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3
Privater Konsum, real	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,6
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,4
Bekleidung, Schuhe	+ 0,4	+ 1,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,9
Wohnung	+ 0,8	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4
Beheizung, Beleuchtung	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Kauf von Fahrzeugen	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,8	+ 1,3
Waren und Dienstleistungen für den Betrieb von Privatfahrzeugen	+ 1,1	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,0
Verkehrsdienstleistungen	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,1
Freizeit, Unterhaltung, Kultur	+ 0,7	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,6
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	+ 1,0	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,2
Andere Waren, Dienstleistungen	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Exporte, real	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Beschäftigung	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,1	+ 0,2
Arbeitslosigkeit	- 0,9	- 1,4	- 0,8	- 1,2	- 0,7	- 0,9
Löhne pro Kopf	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
Verbraucherpreise	± 0,0	- 0,1	± 0,0	± 0,0	± 0,0	± 0,0
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten					
Arbeitslosenquote	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in Personen					
Beschäftigung	+ 6.095	+ 9.563	+ 5.076	+ 7.901	+ 4.681	+ 6.441
Arbeitslosigkeit	- 2.889	- 4.670	- 2.405	- 3.856	- 2.217	- 3.141

Q: WIFO-Berechnungen.

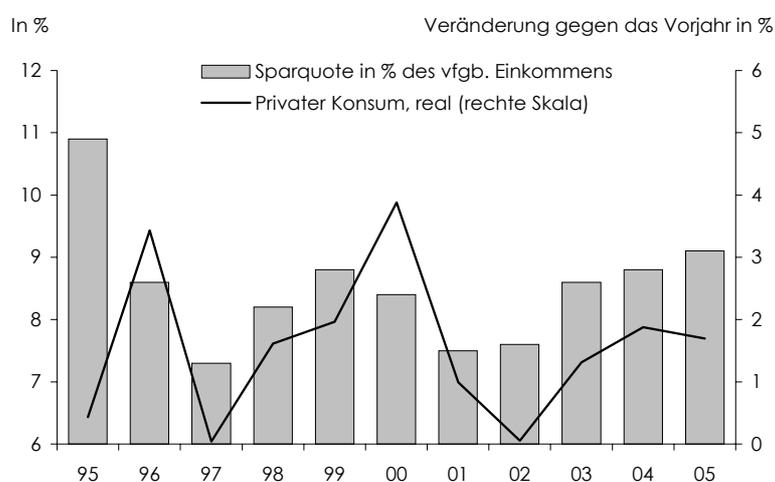
Die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt sind in beiden Fällen ebenfalls proportional zum Nachfrageeffekt geringer. Die Beschäftigung steigt deutlich verhaltener als bei der Begünstigung des unteren Einkommensdritlet (mittleres Terzil +6.000 bis +8.000, oberes Terzil 5.000 bis 6.000 zusätzliche Arbeitsplätze). Die Arbeitslosigkeit geht nur in geringem Ausmaß zurück.

Resümierend kann somit festgehalten werden, dass die gleiche Erhöhung der Haushaltseinkommen um 1 Mrd. € im 1. Einkommensdritlet zu einer um 0,1 Prozentpunkte höheren BIP-Steigerung führt als wenn die Einkommenserhöhung im 3. Einkommensdritlet vorgenommen wird. Der Beschäftigungseffekt liegt um knapp 3.000 Personen höher (Übersicht 7).

4.2 Verringerung der Sparquote

Vertrauensbildende Elemente wie stabile wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen, hohe Einkommenssicherheit und geringe Arbeitslosigkeit können eine Verringerung der Sparneigung bewirken. In der folgenden Simulation wird davon ausgegangen, dass die Sparneigung durch derartige Maßnahmen über eine Zeitperiode von 5 Jahren um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt pro Jahr zurückgeht. Dieses Ausmaß entspricht etwa dem Anstieg der Sparneigung in den letzten fünf Jahren.

Abbildung 3: Konsum und Sparen



Q: Statistik Austria, WIFO.

Die Auswirkungen dieser unterstellten Annahme auf den Konsum und die Gesamtwirtschaft stellen sich folgendermaßen dar: Aufgrund der höheren Konsumneigung entwickelt sich der private Konsum entsprechend dynamischer als im Basisszenario, und zwar um $+\frac{1}{2}\%$ (2006) bis etwa $+2\%$ (2010). Das Wirtschaftswachstum beschleunigt sich durch den Anstieg der Konsumneigung. Das BIP liegt in den vorliegenden Simulationen mit dem WIFO-Makromodell und dem WIFO-PROMETEUS-Modell im Jahr 2006 um 0,3%, im Jahr 2010 um 1,0% bis 1,2% höher (Übersicht 5, Übersicht 6).

Die einzelnen Verbrauchskategorien des Konsums reagieren dabei aufgrund unterschiedlicher Einkommenselastizitäten stark unterschiedlich, was wiederum Struktureffekte im Output nach sich zieht. Stark positiv betroffen sind die Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen, der Individualverkehr, die Freizeitausgaben und die Ausgaben für Wohnung. Ausgaben für Nahrungsmittel, für öffentlichen Verkehr sowie Beheizung und Beleuchtung expandieren unterdurchschnittlich.

Übersicht 5: Gesamtwirtschaftliche Effekte durch eine Absenkung der Sparquote – Makromodell

	2006	2010
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in %	
BIP, real	+ 0,3	+ 1,0
Privater Konsum, real	+ 0,5	+ 2,0
Investitionen, real	+ 0,6	+ 1,7
Ausrüstungen	+ 0,7	+ 1,9
Bauten	+ 0,4	+ 1,5
Exporte, real	± 0,0	± 0,0
Importe, real	+ 0,3	+ 1,0
Beschäftigung	+ 0,1	+ 0,6
Arbeitskräfteangebot	+ 0,1	+ 0,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, real	+ 0,2	+ 0,6
Reallohn pro Kopf	+ 0,1	+ 0,1
Unit Labour Costs	- 0,1	- 0,1
Arbeitsproduktivität	+ 0,2	+ 0,4
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten	
Arbeitslosenquote	± 0,0	- 0,2
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP	- 0,3	+ 0,1
Sparquote in % des verfügbaren Einkommens	- 0,25	- 1,25
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in Personen	
Beschäftigung	+ 3.171	+ 18.902

Q: WIFO-Berechnungen.

Das zusätzliche Wirtschaftswachstum stimuliert die Beschäftigung, kurzfristig im Jahr 2006 um 0,1% bis 0,2%, mittelfristig um 0,6% bis 0,7%. Das entspricht einem Anstieg der Beschäftigung im Jahr 2006 um 3.000 bis 5.000 und im Jahr 2010 um 19.000 bis 23.000. Die Arbeitslosenquote geht um bis zu 0,3 Prozentpunkte zurück. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit von rund 11.000 Personen im Jahr 2010 ist geringer als der Beschäftigungsanstieg, das ist in Angebots-effekten begründet, die sich aus der besseren Beschäftigungslage ergeben.

Die Ergebnisse für den Produktionswert zeigen, dass von der zusätzlichen Konsumnachfrage vor allem einige Dienstleistungsbranchen stark positiv betroffen sind, allen voran die Gruppen Beherbergungs- und Gaststättenwesen, Kfz-Handel und Kfz-Reparatur, Einzelhandel, Nachrichtenübermittlung, Realitätenwesen sowie die sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen. Im Sachgüterbereich expandiert aufgrund der höheren Ausgaben für Individualverkehr die Mineralölverarbeitung am stärksten. Die Beschäftigung steigt besonders in der Mineralölverarbeitung und in den Dienstleistungsbranchen, in denen auch die Produktion überdurchschnittlich ausgeweitet wird.

Übersicht 6: Gesamtwirtschaftliche Effekte durch eine Absenkung der Sparquote –
PROMETEUS

	2006	2010
	Abweichung vom Basisszenario in %	
BIP, real	+ 0,3	+ 1,2
Privater Konsum, real	+ 0,5	+ 2,2
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	+ 0,1	± 0,0
Bekleidung, Schuhe	+ 0,4	+ 2,0
Wohnung	+ 0,5	+ 2,1
Beheizung, Beleuchtung	+ 0,2	+ 1,0
Kauf von Fahrzeugen	+ 0,3	+ 1,3
Waren und Dienstleistungen für den Betrieb von Privatfahrzeugen	+ 1,0	+ 4,1
Verkehrsdienstleistungen	+ 0,1	+ 0,7
Erholung, Unterhaltung	+ 0,6	+ 2,6
Gaststätten- und Beherbergungsdienstleistungen	+ 0,7	+ 3,4
Andere Waren, Dienstleistungen	+ 0,6	+ 2,5
Investitionen	+ 0,1	+ 0,3
Exporte	± 0,0	+ 0,0
Beschäftigung	+ 0,2	+ 0,7
Arbeitslosigkeit	- 0,7	- 3,3
Löhne pro Kopf	± 0,0	± 0,0
Verbraucherpreise	± 0,0	± 0,0
	Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten	
Arbeitslosenquote	- 0,1	- 0,3
	Abweichung vom Basisszenario in Personen	
Beschäftigung	+ 4.750	+ 22.534
Arbeitslosigkeit	- 2.246	- 10.997

Q: WIFO-Berechnungen.

5. Politikvorschläge

5.1 Verstärkung der Absatzerwartungen belebt Investitionen

Die Wirtschaftspolitik kann die Absatzerwartungen der Unternehmen, die eine entscheidende Determinante der Investitionstätigkeit bilden, nicht direkt beeinflussen. Die Stabilisierung der Erwartungen der Unternehmen gehört zu den wichtigsten, aber gleichzeitig schwierigsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik. Die wichtigsten Elemente einer erwartungsstabilisierenden Politik bilden traditionell eine verlässliche antizyklische Ausrichtung der Budget- und Geldpolitik. Dazu kommt vor allem in kleinen Volkswirtschaften eine vom Konsens der wichtigsten Akteure getragene Wirtschaftspolitik.

Auch die steuerlichen Rahmenbedingungen können einen gewissen Einfluss auf die Investitionsstätigkeit ausüben. Spezifische investitionsfördernde Maßnahmen wie Steuerfreibeträge oder Investitionsprämien haben meist stärkere Effekte als generelle Senkungen der Gewinnsteuerbelastung. Wenn sie zeitlich befristet eingesetzt werden, können sie durch Vorzieheffekte eine Belebung der Investitionen zu einem konjunkturell erwünschten Zeitpunkt auslösen.

5.2 Entwicklung der verfügbaren Einkommen

Im Interesse einer günstigen Wachstums- und Beschäftigungsentwicklung sollte sich die Einkommenspolitik am langjährigen Grundprinzip der Sozialpartnerschaft ausrichten, das in einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik bestand. Gemäß dieser Lohnleitlinie sollen die nominellen Löhne und Gehälter im Ausmaß der nominellen Produktion je Arbeitnehmer steigen. Dies erscheint gesamtwirtschaftlich vernünftig. Einerseits wird dadurch die Rolle der Löhne als Kostenfaktor berücksichtigt: Bei einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik erhöhen sich für die Unternehmen die Arbeitskosten pro erzeugtem Stück nicht. Andererseits entspricht diese Orientierung der Rolle der Löhne als Nachfragefaktor: Steigende Realeinkommen ermöglichen ein Wachstum der Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen. Eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik bewahrt somit auch die notwendige Balance zwischen dem Wachstum des Exports und der Ausrüstungsinvestitionen einerseits und der Konsumnachfrage der privaten Haushalte andererseits.

Innerhalb der Lohnpolitik wäre unter dem Gesichtspunkt der Stärkung der Konsumnachfrage eine deutlichere Anhebung der Einkommen unterer Einkommensgruppen wünschenswert. Im Rahmen einer solidarischen Lohnpolitik würden sich dafür eine merkliche Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne oder Gehaltserhöhungen in Form von Sockelbeträgen anbieten. Eine stärkere Anhebung der Mindestlöhne würde auch den notwendigen Druck zum Strukturwandel zugunsten von Arbeitsplätzen mit höherer Produktivität erzeugen. Allerdings könnten damit kurzfristig auch Kosten in Form negativer Beschäftigungseffekte bei nicht ausreichend qualifizierten Personen verbunden sein. Dies wäre angesichts einer Situation besonders hoher Arbeitslosigkeit gerade in diesem Arbeitsmarktsegment wenig wünschenswert. Lohnpolitische Maßnahmen der Verbesserung der Einkommenssituation der unteren Einkommenschichten sollten deshalb besonders in Perioden günstiger Konjunktur und kräftiger Nachfrage nach Arbeitskräften gesetzt werden.

Die Nettorealeinkommen je Beschäftigten haben in den letzten zehn Jahren stagniert, die Lohnsteuerquote steigt tendenziell. Dennoch lehren die Erfahrungen der Steuerreformen 2000 und 2005, dass allgemeine Einkommensteuersenkungen keinen großen Einfluss auf eine Belebung der Konsumnachfrage haben. Sie erhöhen kurzfristig eher die Sparneigung und müssen insgesamt zu gering bleiben, um deutliche Effekte auf die Konsumausgaben mit sich bringen zu können. Wird der mit ihnen verbundene Einnahmenentfall für das Budget durch Kürzung der Staatsausgaben oder Erhöhung indirekter Steuern kompensiert, so kann der Wachstums-

und Beschäftigungseffekt sogar negativ sein. Abgabensenkungen sollten deshalb so konzipiert werden, dass sie möglichst stark konsumfördernd wirken (z. B. durch die Einführung von Freibeträgen in der Sozialversicherung). Dafür müssen sie primär auf die Verteilungswirkungen Rücksicht nehmen.

5.3 Konsumneigung und Einkommensverteilung

Die Simulationen mit dem WIFO-Makromodell und dem WIFO-PROMETEUS-Modell haben gezeigt, dass Einkommensänderungen je nach betroffener Einkommensgruppe sehr unterschiedliche Auswirkungen auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung mit sich bringen. Daraus lässt sich zum Ersten ableiten – das bestätigt die vorher genannte Studie (*Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, 2006*) –, dass die wachsende Ungleichheit in der Einkommensverteilung eine wesentliche Ursache für die Schwäche der Konsumnachfrage darstellt. Zum Zweiten ergibt sich eine Empfehlung für die Wirtschaftspolitik: In einer Situation schwacher Nachfrage kann eine Ausweitung der verfügbaren Einkommen des unteren Einkommensdrittels nicht nur aus sozialen Erwägungen befürwortet werden, sie bringt auch merkliche gesamtwirtschaftlich positive Auswirkungen mit sich. In Perioden ungünstiger Konjunktur und schwacher Nachfrage nach Arbeitskräften, sowie hoher Arbeitslosigkeit bei nicht ausreichend Qualifizierten sollte die Verteilungspolitik besser im Rahmen des Steuer- und Transfersystems als der Lohnpolitik erfolgen. Staatliche Verteilungspolitik sollte vor allem aktiv eingesetzt werden, um die gesamtwirtschaftlichen Kosten auszugleichen, die durch die Tendenz zur Ausweitung der Unterschiede in der Primärverteilung entstehen.

Verteilungspolitische Maßnahmen zugunsten des unteren Einkommensdrittels im Rahmen der Einkommensteuer stoßen auf Schwierigkeiten. Denn diese Einkommensgruppe leistet schon bislang aufgrund bestehender Freigrenzen keine Lohn- und Einkommensteuer. Im Rahmen des Einkommensteuersystems kommt deshalb nur die Ausweitung der Negativsteuer in Frage. Derzeit können Personen, die unter die Freigrenze der Einkommensteuer fallen, im Ausmaß von bis zu 110 € pro Jahr bezahlte Sozialversicherungsbeiträge erstattet bekommen. Die Kosten dafür betragen im Budget nur etwa 70 Mio. € pro Jahr. Nennenswerte Effekte in Bezug auf Umverteilung und Konsumnachfrage wären nur bei einer kräftigen Erhöhung der Negativsteuer zu erwarten. Allerdings hat die Negativsteuer in der derzeitigen Konzeption den Nachteil, dass sie erst im Nachhinein ausbezahlt wird und deshalb sowohl von den Nachfrage-, als auch von den Anreizeffekten zeitlich wenig günstig gestaltet ist. Ähnlich wie beim Freibetrag in der Lohnsteuer sollte die Negativsteuer deshalb so umgestellt werden, dass die Entlastung schon beim laufenden Einkommen wirksam wird und erst im Wege eines Jahresausgleichs endgültig berechnet wird. Eine kräftige Anhebung der Negativsteuer und der bestehenden Obergrenzen in Bezug auf ihren Anteil an den Sozialversicherungsbeiträgen, würde die Einkommen im unteren Drittel ansteigen lassen und durch die dadurch ausgelösten merklichen Konsumeffekte auch zu einem Anstieg der Beschäftigung führen.

Während das untere Einkommensdrittel kaum Lohnsteuer bezahlt, leistet es hohe Beiträge zur Sozialversicherung (im Ausmaß von etwa einem Fünftel des Bruttoeinkommens). Die erwünschte Entlastung der unteren Einkommenschichten könnte deshalb durch einen Freibetrag oder Absetzbetrag im Rahmen der Sozialversicherung erreicht werden. Ein Absetzbetrag bedeutet, dass von der errechneten Summe der Sozialversicherungsbeiträge ein bestimmter Betrag in Abzug gebracht wird. Ein Freibetrag stellt Einkommen in einem bestimmten Ausmaß beitragsfrei, unabhängig davon, wie hoch das gesamte Einkommen ist. Davon zu unterscheiden wäre eine Freigrenze, wie sie derzeit die Geringfügigkeitsgrenze darstellt. Sie stellt ein bestimmtes Einkommen (2005 bis zu 323,46 € pro Monat) beitragsfrei, wird die Grenze überschritten, so ist das gesamte Einkommen beitragspflichtig.

WIFO-Untersuchungen (*Guger – Marterbauer – Walterskirchen, 2006*) haben ergeben, dass ein Freibetrag für Arbeitnehmerbeiträge zur Krankenversicherung im Ausmaß von 1.000 € pro Jahr (das entspricht einem Absetzbetrag in der Höhe von 75 € pro Jahr) Einnahmeherausfälle von etwa 250 Mio. € pro Jahr verursachen würde. Diese Maßnahmen würden den Beitragssatz zur Krankenversicherung im unteren Einkommensdrittel von derzeit 3,5% auf 1,9% senken. Damit wäre eine erhebliche Verbesserung im verfügbaren Einkommen möglich. Das System der Frei- und Absetzbeträge könnte auch auf andere Bereiche der Sozialversicherung angewendet werden.

Frei- oder Absetzbeträge in der Sozialversicherung begünstigen gemessen am Einkommen vor allem das untere Drittel, streuen aber generell breiter über die Einkommensverteilung. Die Einführung eines Freibetrages in der Krankenversicherung von 1.000 € pro Jahr würde positive Effekte auf den Konsum mit sich bringen und dadurch die Zahl der Beschäftigten um etwa 2.000 erhöhen.

Sowohl die Ausweitung der Negativsteuer, als auch die Einführung eines Frei- oder Absetzbetrages in der Krankenversicherung würden nicht nur positive Verteilungs- und Nachfrageeffekte mit sich bringen, sondern hätten auch günstige Angebots- und Anreizeffekte. Die Inanspruchnahme der Begünstigungen ist an Erwerbstätigkeit geknüpft, die Anreize zur Arbeitsaufnahme werden vor allem in sensiblen unteren Einkommenskategorien erhöht. Damit sprechen Nachfrage- und Angebotsargumente für diese Maßnahmen.

Analog zu einem Frei- oder Absetzbetrag für Arbeitnehmer zur Krankenversicherung wäre es denkbar, eine ähnliche Regelung für Arbeitgeberbeiträge zur Krankenversicherung vorzunehmen. Dies würde eine Entlastung bei den Lohnkosten für die unteren Einkommensgruppen mit sich bringen und könnte die Arbeitskräftenachfrage in diesem sensiblen Bereich des Arbeitsmarktes etwas erhöhen. Diese kostenseitigen Argumente sind allerdings nicht Gegenstand dieses Kapitels.

Die verfügbaren Einkommen der unteren Einkommensgruppen könnten auch durch eine Erhöhung von Sozialtransfers ausgeweitet werden. Im internationalen Vergleich sind vor allem die Arbeitslosengelder sehr niedrig. Sie betragen im Durchschnitt 55% des letzten Nettoeinkommens und liegen damit vor allem im unteren Bereich weit unter den entsprechenden Er-

satzraten in den skandinavischen Ländern. Eine Erhöhung der Ersatzrate beim Arbeitslosengeld und der Notstandshilfe würde dem unteren Einkommensdrittel zugute kommen. Allerdings könnte eine Erhöhung der Ersatzraten im unteren Einkommensbereich die Anreize zur Arbeitsaufnahme verringern. Eine anreizkompatible Form sollte die Erhöhung der Ersatzraten in der Arbeitslosenversicherung mit der Teilnahme an Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen verbinden. So könnte angestrebt werden, bei Teilnahme an Schulungen die Ersatzrate auf das skandinavische Niveau zu erhöhen.

Übersicht 7: Gesamtwirtschaftliche Effekte einer Umverteilung zwischen drittem und erstem Einkommensdrittel (1 Mrd. €) – Makromodell

	2006	2010
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in %	
BIP, real	+ 0,2	+ 0,1
Privater Konsum, real	+ 0,3	+ 0,3
Investitionen, real	+ 0,3	+ 0,2
Ausrüstungen	+ 0,4	+ 0,2
Bauten	+ 0,3	+ 0,2
Exporte, real	± 0,0	± 0,0
Importe, real	+ 0,1	+ 0,1
Beschäftigung	+ 0,1	+ 0,1
Arbeitskräfteangebot	± 0,0	± 0,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte, real	+ 0,1	+ 0,1
Reallohn pro Kopf	± 0,0	± 0,0
Unit Labour Costs	± 0,0	± 0,0
Arbeitsproduktivität	+ 0,1	± 0,0
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in Prozentpunkten	
Arbeitslosenquote	± 0,0	± 0,0
Finanzierungssaldo des Staates in % des BIP	± 0,0	+ 0,1
	Kumulierte Abweichung vom Basisszenario in Personen	
Beschäftigung	+ 1.838	+ 2.692

Q: WIFO-Berechnungen.

Die unterschiedlichen gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einkommenserhöhender Maßnahmen je nach betroffener sozialer Schicht zeigen, dass auch Maßnahmen der Umverteilung positive Wachstums- und Beschäftigungswirkungen mit sich bringen würden. Die Elastizitäten einer Umverteilung vom oberen zum unteren Einkommensdrittel wären merklich: Eine Umverteilung im Ausmaß von nur 1 Mrd. € würde mittelfristig zu einer Ausweitung der Konsumnachfrage um 0,3% führen. Als Folge steigt die Zahl der Beschäftigten um fast 3.000 (Übersicht 7). Der Budgetsaldo verbessert sich aufgrund der expansiven gesamtwirtschaftlichen

Effekte und des damit verbundenen höheren Aufkommens an direkten und indirekten Steuern sowie Beitragsleistungen in der Sozialversicherung.

Internationale Erfahrungen zeigen einige positive Beispiele für positive Wachstums- und Beschäftigungseffekte durch Verteilungspolitik zugunsten der unteren Einkommensgruppen:

- **Solidarische Lohnpolitik in Schweden:** In Schweden wurden über mehrere Jahrzehnte im Rahmen der Lohnverhandlungen die Einkommen der unteren Gruppen überproportional angehoben. Das hat zu einer komprimierten Lohnstruktur geführt. Die Primärverteilung ist auch im internationalen Vergleich relativ egalitär. In manchen Perioden kam es allerdings zu einer deutlichen Lohndrift, vor allem im oberen Qualifikations- und Einkommensbereich, die in der Folge zu einer Abwertung der Währung beigetragen hat. Im Rahmen der Sekundärverteilung durch den Staat spielt die Umverteilung durch öffentliche Dienstleistungen und Sozialausgaben eine deutlich wichtigere Rolle, als jene über das Steuer- und Beitragssystem.
- **Working Families Tax Credit in Großbritannien:** In Großbritannien wurde Ende der neunziger Jahre eine Negativsteuer für Familien mit niedrigem Einkommen eingeführt. Sie kommt vor allem Alleinerzieherinnen zugute. Sie ist so konzipiert, dass sie sowohl einen Beitrag zur Erhöhung der Arbeitsanreize im unteren Qualifikationsbereich bietet als auch eine merkliche Verbesserung der Einkommenssituation unterer Gruppen mit sich bringt. In Großbritannien wurde das Steuersystem in den letzten Jahren durch die Einführung von verschiedenen Formen der Negativsteuer und die stärkere Besteuerung von Dividenden, Spekulationserträgen und des Grunderwerbs deutlich progressiver. Allerdings war das Ausgangsniveau der staatlichen Umverteilung relativ niedrig.
- **Ersatzrate Arbeitslosengeld in den skandinavischen Ländern:** In Schweden und Dänemark ist die soziale Absicherung der Arbeitslosen vor allem im Bereich niedriger bis durchschnittlicher Einkommen deutlich günstiger als in Österreich. Die Nettoersatzraten liegen zwischen 70% und 90%. Gleichzeitig besteht eine stärkere Verpflichtung zur Teilnahme an Trainings- und Qualifizierungsmaßnahmen.

5.4 Konsumneigung und Vertrauen

Die Konsumentenstimmung hat Einfluss auf die Konsumneigung und damit die Konsumausgaben der privaten Haushalte. Die Verringerung des Vorsichtssparens stellt somit eine wesentliche Voraussetzung für eine Beschleunigung des Wachstums der Konsumnachfrage dar. Allerdings ist das Verbrauchervertrauen keine direkte Variable der Wirtschaftspolitik. Es ergibt sich eher sehr indirekt aus günstigen gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Von besonderer Bedeutung für die Stimmung unter den Konsumenten dürften aber ein glaubwürdiges und vom Konsens der großen sozialen Gruppen getragenes Reformmodell und die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt sein.

Viele, vor allem kleinere Länder haben in den letzten Jahrzehnten bei grundlegenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen und strukturellen Reformvorhaben auf einen nationalen Konsens gesetzt. Die umgesetzten Reformen waren oft stärker technokratisch als ideologisch orientiert. Die Konsensstrategie war erfolgreich, weil sie auf den bewährten Institutionen aufbaute und gleichzeitig keine wichtigen politischen Spieler überforderte.

Das Konsensprinzip bildet in vielen Ländern einen Erfolgsfaktor bei wichtigen Reformschritten:

- Karenzmodelle in Dänemark in den neunziger Jahren,
- Teilzeitbeschäftigung in den Niederlanden in den achtziger Jahren im Rahmen des "Poldermodells",
- Pensionsreform in Schweden in den neunziger Jahren,
- Sozialpartnerschaft in Österreich.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist für die Konsumentenstimmung wahrscheinlich die wichtigste einzelne Determinante. Arbeitslosigkeit führt nicht nur bei den unmittelbar Betroffenen zu Verunsicherung und Pessimismus, sondern auch bei den Personengruppen die einen Arbeitsplatz haben. Eine aktive Wirtschaftspolitik gegen Arbeitslosigkeit ist von zentraler Bedeutung für die Verbesserung der Konsumentenstimmung. Ein wesentliches Element sollte die Stabilisierung der Erwartungen von privaten Haushalten und Unternehmen durch eine verlässliche antizyklische Wirtschaftspolitik bilden. Allerdings geht es nicht nur darum, einen möglichst hohen Beschäftigungsstand zu erreichen. Sichere Einkommenserwartungen hängen mit stabilen und dauerhaften Arbeitsplätzen zusammen. Normalarbeitsplätze mit geregelten und regelmäßigen Arbeitszeiten sollen das Ziel der Beschäftigungspolitik bilden. Vor allem für Frauen ist die mittelfristige Planbarkeit ein wesentliches Element der angestrebten Erwerbskarriere. Prekäre Arbeitsverhältnisse tragen zur Entstehung von Unsicherheit und Pessimismus bei, die die Konsumentenstimmung trüben.

Die Erwartungen der privaten Haushalte werden auch durch das Vorhandensein eines umfassenden sozialen Sicherungssystems stabilisiert. Der Sicherstellung des Zugangs für alle Bevölkerungsschichten zu einem Gesundheitssystem und einem Aus- und Weiterbildungssystem hoher Qualität kommt deshalb erhebliche Bedeutung zu.

5.5 Konsumneigung, Sparförderung und Wohnbauförderung

In wirtschaftlichen Phasen, in denen die hohe Sparneigung der privaten Haushalte einen wichtigen Grund für die Schwäche der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage bildet, gerät die staatliche Förderung privater Ersparnisbildung zu Recht in Kritik. Österreich verfügt über ein vielschichtiges System öffentlicher Sparförderung. Es reicht von direkten Sparprämien, über die Möglichkeit der steuerlichen Geltendmachung von Sparaufwendungen, die Steuerbefreiung von Sparerträgen und die relativ niedrige Besteuerung von Sparerträgen in Relation zum Arbeitseinkommen (für mittlere und obere Einkommensgruppen).

Einzelne Formen der Sparförderung scheinen dennoch auch unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten gerechtfertigt. Die Bausparförderung löst bei relativ geringem Fördervolumen eine erhebliche Bautätigkeit aus. Die steuerliche Begünstigung von Wohnbauanleihen verschiebt die Sparstruktur vor allem bei mittleren und oberen Einkommensgruppen zugunsten des sozialen Wohnbaus.

Die Sparförderung sollte generell vor allem dort verringert werden, wo sie besonders den Beziehern höherer Einkommen zugute kommt. Ein Beispiel dafür bietet das Förderausmaß der prämiengeförderten Zukunftsvorsorge. Der geförderte Höchstbetrag von mehr als 1.800 € pro Jahr entspricht nahezu einem durchschnittlichen Monatseinkommen der unselbständig Beschäftigten. Die Förderung kann in diesem Ausmaß kaum von unteren und mittleren Einkommensgruppen in Anspruch genommen werden. Das Volumen der höchsten prämiengünstigten Einzahlung pro Jahr sollte deutlich verringert werden. Es könnte zumindest auf das Niveau der Bausparförderung (1.000 € pro Jahr) reduziert werden.

In vielen anderen Industrieländern mindern hohe Ausgaben für die Wohnraumschaffung die Spartätigkeit der oberen Einkommensgruppen. Dies ist in Österreich nur eingeschränkt der Fall, da die Mittel der Wohnbauförderung bis weit ins obere Einkommensdrittel in Anspruch genommen werden können. Faktisch werden durch die bestehenden Fördergrenzen nur die obersten 10% der Einkommensverteilung von der Inanspruchnahme von Wohnbaufördermitteln ausgeschlossen. Eine Verringerung der Einkommensobergrenzen im geförderten Wohnbau, der Abbau der Eigentumsförderung und einkommensabhängige Mieten können Transfers an die oberen Einkommensgruppen reduzieren. Diese eingesparten Transfers könnten dann verstärkt für zusätzliche Investitionstätigkeit im Wohnbau verwendet werden. Dies würde für diese Einkommensgruppen eine stärkere Inanspruchnahme von Krediten für Zwecke der Wohnraumschaffung notwendig machen und deren Sparneigung reduzieren.

Generell sollte der Zugang zu Haushaltskrediten einfacher gemacht werden. Dazu könnte auch der Ersatz der Kreditgebühr beitragen. Die Kreditgebühr belastet Verschuldung, das ist in einer Zeit von zu hoher Ersparnisbildung nicht wünschenswert. Das Aufkommen beträgt pro Jahr knapp 300 Mio. €. Die Abschaffung der Kreditgebühr könnte durch eine höhere Besteuerung von Erträgen aus Ersparnissen finanziert werden.

6. Zusammenfassung

Die Schwäche der Binnennachfrage stellt eine wesentliche Determinante der schwachen Konjunktur seit dem Jahr 2000 dar. Überraschend war die Schwäche der Investitionen in einem Umfeld guter Export- und Industriekonjunktur und günstiger Gewinnlage. Dies zeigt die Bedeutung der Absatzerwartungen der Unternehmen für die Investitionstätigkeit. Die Wirtschaftspolitik müsste sich vor allem darauf konzentrieren, die Verunsicherungen über den mittelfristigen Konjunkturverlauf zu verringern.

Die Konsumnachfrage der privaten Haushalte hat vor allem unter ungünstiger Entwicklung der Einkommen und steigendem Sparanteil am verfügbaren Einkommen gelitten. Die Wirtschaftspolitik verfügt über eine Reihe von Möglichkeiten, um diesem Problem zu begegnen. Der vorliegende Beitrag hat unter anderen herausgearbeitet, dass eine Erhöhung der verfügbaren Einkommen insbesondere des unteren Einkommensdrittels wesentliche Wachstums- und Beschäftigungseffekte mit sich bringen würde. In diesem Einkommenssegment ist die Sparneigung sehr niedrig, zusätzliche Einkommen werden rasch für Konsumgüter und Dienstleistungen ausgegeben. Wir empfehlen, das verfügbare Einkommen des unteren Terzils durch die merkliche Ausweitung der Negativsteuer im Rahmen der Einkommensteuer und die Einführung eines Frei- oder Absetzbetrages im Rahmen der Sozialversicherung zu erhöhen. Die Finanzierung dieser gesamtwirtschaftlich expansiven Reform sollte durch Maßnahmen erfolgen, die möglichst wenig konsumdämpfend wirken, etwa durch eine Erhöhung der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie der Grundsteuer.

Eine Verbesserung des Vertrauens der privaten Haushalte würde positive Effekte auf das Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum nach sich ziehen, weil sie zu einem Rückgang des Vorsichtssparens und einer Ausweitung der Konsumnachfrage führt. Die Verbesserung des Vertrauens ist keine direkte Variable der Wirtschaftspolitik. Internationale Erfahrungen haben gezeigt, dass positive Vertrauenseffekte dann entstehen, wenn es gelingt, ein glaubwürdiges und konsensuales Reformmodell zu verwirklichen. Eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik stellt eine wesentliche Voraussetzung für eine Verringerung des Vorsichtssparens dar, ebenso hohes Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme.

Literaturhinweise

- Abadia, A., "Income Distribution and Composition of Consumer Demand in the Spanish Economy", *European Economic Review*, 1985, 29(1), S. 1-13.
- Al-Eyd, A., Barrell, R., Davis, E. Ph., Pomerantz, O., *Consumption, Income and Wealth: a time series based panel data study of the Euro Area*, NIESR, 2005.
- Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, *Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Frühjahr 2006*, Hamburg, 2006.
- Benito, A., "Does job insecurity affect household consumption?", *Oxford Economic Papers*, 2005, 58(1), S. 157-181.
- Borooah, V. K., Sharpe, D. R., "Aggregate Consumption and the Distribution of Income in the United Kingdom: An Econometric Analysis", *The Economic Journal*, 1986, 96(382), S. 449-466.
- Breuss, F., Wüger, M., *Konsumentenbefragungen als Indikator für das Konsumverhalten in Österreich*, Studie gefördert vom Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 1986.
- Case, K., Quigley J., Shiller R., "Comparing Wealth Effects: The Stock Market versus the Housing Market", *NBER Working Paper*, 2001, (8606).
- Catte, P., Girouard, N., Price, R., Andre, C., "Housing Markets, Wealth and the Business Cycle", *OECD Working Paper*, Juni 2004, (394).

- Cooper, R. J., McLaren, K. R., "An Empirical Oriented Demand System with Improved Regularity Properties", *Canadian Journal of Economics*, 1992, 25(3), S. 652-668.
- Czerny, M., Falk, M., Schwarz, G., "2006 kräftige Belebung der Investitionen nach Rückgang im Vorjahr. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Herbst 2005", *WIFO-Monatsberichte*, 2006, 79(2), S. 95-111.
- European Commission, "The EU Economy; 2004 Review", *European Economy*, 2004(6).
- Fortin, N. M., "Heterogeneity Biases, Distributional Effects, and Aggregate Consumption", *Journal of Applied Econometrics*, 1995, 10(3), S. 287-311.
- Granger, C. W. J., "Investigating Causal Relations by Econometric Models and Cross-Spectral Methods", *Econometrica*, 1969, 37(3), S. 424-438.
- Guger, A., Marterbauer, M., "Langfristige Tendenzen der Einkommensverteilung in Österreich", *WIFO-Monatsberichte*, 2005, 78(9), S. 615-628.
- Guger, A., Marterbauer, M., Walterskirchen, E., "Finanzierung des öffentlichen Gesundheitswesens", *WIFO-Monatsberichte*, 2006, 79(7), S. 523-546.
- Hildenbrand, W., "Zur Relevanz mikroökonomischer Verhaltenshypothesen für die Modellierung der zeitlichen Entwicklung von Aggregaten", Discussion Paper, Vortrag auf der Jahrestagung des Vereins für Sozialpolitik, RFW-Universität Bonn, Bern, 23.-26. September 1997, (A-568).
- Hildenbrand, W., "How Relevant are Specifications of Behavioral Relations on the Micro-Level for Modelling the Time Path of Population Aggregates?", Discussion Paper, RFW-Universität Bonn, 1998 (A-569).
- Janger, J., Kwapil, C., Pointner, W., "Bestimmungsgründe der Konsumententwicklung in Österreich – Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage", *OeNB, Geldpolitik & Wirtschaft*, 2005, (Q3/05).
- Kratena, K., Wüger, M., "PROMETEUS: Ein multisektorales makroökonomisches Modell der österreichischen Wirtschaft", *WIFO-Monatsberichte*, 2006, 79(3), S. 187-205.
- Leoni, Th., Pollan, W., "The Impact of Inequality of Economic Growth", *WIFO Working Paper*, 2003, (211).
- Ludwig, A., Slok, T., "The Impact of Changes in Stock Prices and House Prices on Consumption in OECD Countries", *IMF Working Paper*, 2002, (02/1).
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., "Einfluss der Haus- und Wohnungspreise auf das Wirtschaftswachstum", *WIFO-Monatsberichte*, 2005, 78(11), S. 761-774.
- Peneder, M., Pfaffermayr, M., "Kräftige Industriekonjunktur stützt 2004 die Ertragsentwicklung. Cash-Flow und Eigenkapitalausstattung der österreichischen Sachgütererzeugung", *WIFO-Monatsberichte*, 2005, 78(3), S. 165-274.
- Walterskirchen, E., "Aktive Beschäftigung in Österreich", Studie im Auftrag der Bundesarbeitskammer, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, Wien, 2006.
- Wüger, M., "Konsumentenstimmung und privater Konsum", *WIFO-Monatsberichte*, 1979, 52(4), S. 185-199.
- Wüger, M., "Konsumnachfrage in Österreich weiterhin verhalten – Zuwächse im Weihnachtsgeschäft", *WIFO-Monatsberichte*, 2005, 78(12), S. 821-833.
- Zweimüller, J., Brunner, J. K., "Innovation and Growth with Rich and Poor Consumers", Discussion Paper, Centre for Economic Policy Research, 1998, (1855).

© 2006 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Download 32,00 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search_get_abstract_type?p_language=1&pubid=27450